



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 55. Ratssitzung vom 12. Juli 2023

### 2066. 2023/225 Weisung vom 10.05.2023: Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2023

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite und Kreditübertragungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen bewilligt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		44 134 200
Ordentliche Kreditübertragungen	+5 288 500 -6 418 500	-1 130 000
Total		43 004 200

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		23 725 900
Ordentliche Kreditübertragungen	+14 927 000 -13 797 000	+1 130 000
Total		24 855 900

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite nachträglich genehmigt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		353 800
Total		353 800

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		17 971 100
Total		17 971 100



2 / 15

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Florian Utz (SP), Präsidium die Weisung zu den Nachtragskrediten I. Serie 2023 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit zur bereinigten Dispositivziffern 1 und zur Dispositivziffer 2.

**Florian Utz (SP):** Alle Jahre wieder legt der Stadtrat die Nachtragskredite als Ergänzungen zum Budget vor. Hier haben wir mit der I. Serie 2023 ordentliche Nachtragskredite in der Höhe von 44 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung. Bei den ordentlichen Kreditübertragungen haben wir netto ein Minus von 1,1 Millionen Franken, die in die Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen überführt werden. Zusätzlich haben wir dringliche Nachtragskredite im Umfang von 350 000 Franken. Das ergibt Nachtragskredite in der Erfolgsrechnung von gut 43 Millionen Franken. Bei der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen haben wir ordentliche Nachtragskredite von 23,7 Millionen Franken. Bei den ordentlichen Kreditübertragungen steht einem Plus von 14,9 Millionen Franken auf der anderen Seite ein Minus von 13,8 Millionen Franken gegenüber. Netto ergibt das das erwähnte Plus von 1,1 Millionen Franken. Zusätzlich haben wir dringliche Nachtragskredite von 18 Millionen Franken. Insgesamt sind es knapp 43 Millionen Franken in der Investitionsrechnung. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) prüfte die Anträge des Stadtrats im Einzelnen. Die Mehrheit beantragt die Zustimmung zum Gesamtpaket nach der Bereinigung der Dispositivziffern. Teilweise gab es unterschiedliche Mehrheiten. Die Mehrheit ist aber der Meinung, dass wir dem Paket nach der Bereinigung zustimmen sollen, auch wenn nicht jede Partei für jeden Antrag gewonnen werden konnte.

Kommissionsminderheit zur bereinigten Dispositivziffer 1 und zur Dispositivziffer 2.

**Johann Widmer (SVP):** Alle Jahre wieder – es ist immer das gleiche Spiel. Erst wird mit grossem Aufwand budgetiert, dann kommt die Verwaltung mit Nachtragskrediten. Das ist eine Unsitte. Wofür wird das Budget erstellt? Es gibt sicher Fälle, in denen etwas nicht genau eingeschätzt werden kann. Was aber hier zwei- bis dreimal im Jahr geschieht, ist typisch für die Verwaltung und den ihr hörigen Gemeinderat. Dass das nicht korrekt ist, scheinen auch andere Fraktionen einzusehen, weshalb viele Anträge eingereicht wurden, die von der SVP unterstützt werden. Es geht ums Sparen. Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen sagt die SVP jedoch grundsätzlich Nein zu allen Nachtragskrediten. Wir finden das System falsch. Ein Budget ist ein Budget. Wenn man sauber budgetiert, dann muss man schauen, dass das Geld reicht. Was angesagt wurde, muss man wie beim Jassen auch einhalten. Die linke Regierung budgetiert nachlässig und wenn das Geld nicht reicht, dann holt man mehr. Die Kasse ist unendlich gross. Noch schlimmer ist, dass das Geld ausgegeben wird und wenn der Gemeinderat Nein sagt, wurde das Geld bereits ausgegeben. Auffällig ist, dass das Präsidialdepartement (PRD) die Verwaltung aufbläht, insbesondere in den Bereichen Stadtentwicklung und Kultur. Es wäre besser, wenn man mit den gesprochenen Mitteln das macht, was möglich ist, anstatt sich etwas auszudenken und nachzufinanzieren. Die Stadt funktioniert auch ohne diese Gelder bestens. Dass Schutz & Rettung (SRZ) mehr braucht, kann man verstehen; das kann man schlecht budgetieren, weil es von Fallzahlen und Einsätzen abhängt. Das gleiche gilt für die Polizei. Wenn man aber wegen Vertragsanpassungen



mehr braucht, dann ist das schlechte Verhandlungsführung. Dass man mehr Geld will, weil man vergessen hat, die Hardware für neue Mitarbeitende im Budget einzustellen, ist ebenfalls unerklärlich und unentschuldig. Wie kann man Mitarbeiter einplanen und dabei vergessen, dass es Arbeitsmittel für sie braucht? Keine Firma würde das so machen. Im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) soll mehrheitlich wegen Fehlplanungen mehr Geld ausgegeben werden. Alles wird mit Ausreden schönegeredet. Auch im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) und dem Departement der Industriellen Betriebe (DIB) gingen viele planbare und vorhersehbare Ausgaben in der Budgetierung vergessen. Auch im HBD wären die hohen Enteignungskosten von knapp 2 Millionen Franken vorhersehbar gewesen, insbesondere weil sie vom Kanton vorgeschrieben sind. Einzig die Verkehrsbetriebe (VBZ) können die Dieselskosten nicht genau vorausberechnen. Die Nachtragskredite finden bei der SVP gesamthaft keine Unterstützung.

Weitere Wortmeldungen:

**Pärparim Avdili (FDP):** Die FDP wirft immer einen sehr kritischen Blick auf alle Budget- und Rechnungsprozesse, insbesondere auf die Nachtragskredite. Ich bin nicht mit dem Vorredner einverstanden, dass der Prozess, Nachtragskredite stellen zu können, nicht nötig wäre. Es soll und kann vorkommen, dass Nachtragskredite gestellt werden. Die FDP zeigte in den vergangenen Jahren vor allem im Budgetprozess, wo die Sparmöglichkeiten sind. Vor allem sollte der Stadtverwaltung weniger Geld gegeben werden, damit sie zu neuen Ideen kommt. Auch mit weniger Geld ist es möglich, die Verwaltung erfolgreich zu führen. Wir prüften die Nachtragskredite und es stellte sich auch in diesem Fall heraus, dass viele der Anträge notwendig sind; andere sind es weniger. Die FDP stellte einzelne Anträge oder unterstützt solche, die den stadträtlichen Nachtragskredit kürzen würden. Insbesondere beschäftigte uns bei den übrigen Betriebsbeiträgen an private Unternehmungen ein Antrag in der Höhe von 400 000 Franken an die beiden Kinobetriebe Neugass Kino AG und Arthouse Commercio Movie AG. Wir fragten uns lange, ob wir einen Kürzungsantrag stellen sollen, weil wir es sehr unglücklich finden, dass wir mit solchen Subventionen beginnen, obwohl wir bereits sehr viele Kultursubventionen leisten. Wir sind nicht der Meinung, dass der Steuerzahler Kinos – die betriebswirtschaftlich organisiert und sehr kommerziell ausgerichtet sind – subventionieren sollte, weil das Geschäft nicht läuft. Am Ende haben wir zähneknirschend entschieden, den Antrag zu unterstützen, da es ein einmaliger Beitrag ist und eine neue Auslegeordnung und ein neues Konzept gemacht werden. Für zukünftige Unterstützungen in dieser Form wird die FDP nicht zur Verfügung stehen. In der Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1 haben wir uns enthalten und wir werden uns voraussichtlich auch in der Schlussabstimmung enthalten. Bei der Dispositivziffer 2 werden wir zustimmen.

**Sven Sobernheim (GLP):** Den Rundumschlag der SVP kann man nicht im Raum stehen lassen. Ich erinnere daran, dass der Kanton, der einen SVP-Finanzvorsteher hat, sich zwischen Budget und Rechnung um 1 Milliarde Franken verrechnet hat. Lieber habe ich mehr Nachtragskredite und kein aufgeblähtes Budget, denn das haben wir dem Stadtrat zurecht jahrelang vorgeworfen. Das hat er korrigiert, weshalb wir mit mehr Nachtragskrediten leben müssen. Sechs Anträge sind ausserdem eher wenig; ich hätte von der SVP mehr Streichungsanträge erwartet, statt ein Nein im letzten Moment.



**Flurin Capaul (FDP):** *Wir warfen einen kritischen Blick auf die Anträge und einen besonderen Blick auf das Thema Schlachtbetrieb. Die Diskussionen rund um die Weiterentwicklung des Schlachthofs beschäftigten uns Monate lang. Jetzt liegt ein Nachtragskredit auf dem Tisch, der sagt, dass das Schlachtviehvolume wegen der Schliessung eines Schlachtbetriebs in Langnau deutlich zugenommen hat. Das verstehen wir und heissen es gut. Wir wollen jedoch daran erinnern: Als man sich entschied, dass auf dem aktuellen Schlachthof-Areal kein Schlachtbetrieb mehr stattfinden sollte, wurde argumentiert, dass die Verteilung des Schlachtviehvolume auf andere Grossbetriebe problemlos möglich sei, weil es zu viele Kapazitäten gäbe. Jetzt stellt man fest, dass sich der Markt verändert hat und man einen Nachtragskredit braucht. Fairerweise sollte man den Nachtragskredit nicht dem Gemeinderat, sondern bei der Wirtschaftsförderung beantragen, die mit ihren Mutmassungen über die Entwicklung des Schlachtmarkts falsch lag.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite I. Serie 2023 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:

#### 2.1 Ordentliche Nachtragskredite

##### Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** *Das Präsidialdepartement (PRD) beantragt eine zusätzliche Stelle als betriebswirtschaftliche Fachunterstützung ab 1. August 2023. Begründet wird die Stelle mit dem erweiterten Aufgabenportfolio der Stadtentwicklung. Diese Arbeiten haben wir verursacht: Die zusätzlichen betriebswirtschaftlichen Anforderungen sind gemäss PRD zu einem grossen Teil durch Aufgaben entstanden, die die Stadtentwicklung aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Beschlüssen neu übernommen hat. Der Mehraufwand für administrative und organisatorische Prozesse ist laut dem PRD mit dem bestehenden Personal nicht mehr zu bewältigen. Demgegenüber steht jedoch eine stetige Zunahme der durchschnittlichen effektiven Vollzeitäquivalente (full-time equivalent, FTE) pro Jahr. Ausgehend von 24,8 FTE im Jahr 2013 kamen wir über leichte Schwankungen im Jahr 2015 zurück zu 24,5 FTE im Jahr 2018. Dann ging es nur noch nach oben: Im Jahr 2019 waren es 25,3 FTE. Das war auf die «Smart City» zurückzuführen und es handelte sich um unbefristete Stellen. Im Jahr 2020 waren es 29,2 FTE, zurückzuführen auf die «Smart City» sowie die NEXPO, wobei es sich bei der NEXPO um befristete Stellen handelt. Im Jahr 2021 waren es 31,4 FTE, was auf die internationale Zusammenarbeit und «Digi+» zurückzuführen war. Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit waren es wiederum unbefristete Stellen. Im Jahr 2022 kamen wir bei 33,6 FTE an und für das Jahr 2023 waren bereits 36,1 FTE budgetiert. Jetzt soll ein Vollzeitäquivalent dazukommen, obwohl in den letzten zehn Jahren rund 10 FTE für die neuen Aufgabenfelder geschaffen wurden. Das sind viele Stellen, die nicht mit den Bevölkerungszahlen – wie mehr Schulkinder oder Pflegebedürftige – korrelieren. Es*



*sind Stellen, deren Effekt von aussen nicht immer sichtbar wird, wie beispielsweise im Zusammenhang mit der «Smart City»-Strategie. Anstelle der Schaffung neuer FTE wäre es wünschenswert, wenn die Weisung GR Nr. 2021/218 zur Reorganisation der Verwaltung endlich aus dem Dornröschenschlaf in der Sachkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) geweckt würde. In der Vorbereitungsphase zum entsprechenden Bericht, der in der Kommission liegt, hat die begleitende Beratungsfirma unter anderem Handlungsfelder mit Verbesserungspotenzial in der Verwaltung identifiziert. In der Zwischenzeit weiss man nicht genau, bei welchem Punkt die Stadt bereits in Bewegung gekommen ist; es besteht kein direkter Zusammenhang zwischen den Aktivitäten der Stadt und den Schwerpunkten im Bericht. Unter diesen Voraussetzungen ist einem weiteren Wachstum der Verwaltung nicht zuzustimmen.*

**Tiba Ponnuthurai (SP):** *Ab August 2023 soll eine zusätzliche Stelle als betriebswirtschaftliche Fachunterstützung in der Stadtentwicklung geschaffen werden. Die SP stellt sich hinter diesen Antrag. Wie die Beratung in der RPK zeigte, sollen in dieser Stelle vorwiegend organisatorische und betriebswirtschaftliche Aufgaben vereint werden, die heute von Geschäftsleitungsmitgliedern übernommen werden. Die ausstehende Verwaltungsreform solle angegangen werden, bevor weitere Stellen gesprochen werden. Auch die SP unterstützt dieses Anliegen und will, dass geprüft wird, wo und wie die Verwaltung effizienter werden kann. Nun aber eine in der Verwaltung benötigte Stelle nicht zu sprechen, hat wenig mit der Verwaltungsreform zu tun. Sie machen aus einer Mücke einen Elefanten: Bei einem 10-Milliarden-Franken-Budget sind 60 000 Franken für die Stelle nicht einmal ein Promilleprozent des Budgets. Wir wissen, dass die Gesamtverwaltung vorwiegend im Schul- und Sportdepartement (SSD) wächst, aus dem einfachen Grund, dass mehr Schüler\*innen in Zürich in die Schule gehen. Dafür wird mehr Personal benötigt. Zudem setzen wir uns immer wieder dafür ein, dass die Schüler\*innen die bestmögliche Ausbildung und Betreuung erhalten und fordern mit Vorstössen mehr von der Regierung und der Verwaltung ein. Warum gerade unsere linken Bündnispartner\*innen sich am bürgerlichen Narrativ bedienen, dass die öffentlichen Dienste und die Verwaltung unaufhörlich wachsen oder «wuchern» würden, verstehen wir nicht. Auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht kann die Schaffung dieser Stelle vorteilhaft sein, wenn administrative und organisatorische Aufgaben heute von Personen in der Geschäftsleitung übernommen werden. Es ergibt Sinn, solche Aufgaben von einer Person, die im städtischen Lohnreglement weniger hoch eingestuft ist, verrichten zu lassen. 70 Prozent der Aufgaben der neuen Stelle betreffen das Finanz- und Rechnungswesen sowie die Qualitätssicherung von formellen und finanzrechtlichen Vorgaben. Das sind wichtige Aufgaben und wir von der SP sind froh um alle Menschen in der Verwaltung, die täglich einen wichtigen Beitrag zum Gelingen unserer Politik leisten. Es sind aber nicht zwingend Aufgaben, die ein Mitglied der Geschäftsleitung übernehmen muss.*





*können sagen, dass Eigenverantwortung grundsätzlich zu unterstützen sei. Es stellt sich die Frage, welche Aufgaben die Stadt in der Gesundheitsprävention übernehmen soll. Schliesslich machen weder COVID-19 noch beispielsweise sexuell übertragbare Krankheiten an der Stadtgrenze halt. Wenn man aufgrund der Bevölkerungsdichte oder -struktur eine erhöhte Inzidenz ableiten kann, sind Präventivmassnahmen nicht falsch. Im Fall von COVID-19 ist die Ausgangslage nicht so evident, wie beispielsweise bei sexuell übertragbaren Krankheiten, auf die sich junge Menschen bis 25 Jahre seit Juni 2023 gratis in Zürich testen lassen können. Immerhin zeigen die Ergebnisse des nationalen Abwassermonitorings, das seit Januar 2022 in regelmässigen Zeitabständen durchgeführt wird, dass die relative Virenlast im Abwasser der Stadt im Vergleich zu grossen Teilen der Schweiz leicht erhöht ist. Die Ziele des Pilotprojekts lassen sich ohne grossen Aufwand aus dem Auftrag ableiten. Sie sind so selbsterklärend, dass vielleicht darum auf präzisere Ausformulierungen verzichtet wurde. Für das Projekt spricht auch, dass das Angebot begrenzt ist und maximal 50 Tests pro Tag angeboten werden. Auch die Art der Tests ist eingegrenzt: Es können keine Antikörper-Tests oder Tests für Reisezertifikate durchgeführt werden. Die Ansiedlung des Pilotprojekts bei einer professionellen Fachstelle, am Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention (EBPI), ist begrüssenswert und gewährleistet eine professionelle abschliessende Evaluation.*

S. 5	<b>30</b> <b>3010</b> <b>3130 00 000</b>	<b>GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT</b>				
		<b>Städtische Gesundheitsdienste</b>				
		<b>Dienstleistungen Dritter</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>002.</b>	Antrag Stadtrat			300 000	Mehrheit	Referat: Tanja Maag Sturzenegger (AL); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP)
		300 000		0	Minderheit	Referat: Sven Sobernheim (GLP); Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP)
					Enthaltung	Johann Widmer (SVP)
					Abwesend	Tiba Ponnuthurai (SP)
		Begründung: Das Pilotprojekt für gebührenfreie Covid-Testungen hat keine klare Zielgebung und es ist ebenso unklar, warum dies auf Stadtgebiet angeboten werden soll.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Cathrine Pauli (FDP):** Der Antrag zu diesem Nachtragskredit bezieht sich auf das Postulat GR Nr. 2021/56 der Fraktionen SP, Grüne und AL, das am 12. Januar 2023 von der linken Ratsmehrheit angenommen wurde. Mit dem Nachtragskredit wird eine externe Beratung für das «Insourcing Reinigungsleistungen» verlangt. Damals wiesen wir darauf hin, dass es sich um Dienstleistungen handelt, die nicht zur Kernaufgabe der öffentlichen Hand gehören. Es entspricht einer sehr grossen Ironie, dass die Verwaltung für die Erfüllung des Postulats auf externe Berater zurückgreifen muss, denn das Wissen der Internalisierung von Reinigungsleistungen, respektive von Reinigungsleistungen generell, ist nicht vorhanden. Jetzt sind wir wieder bei der Kernkompetenz – für Reinigungsleistungen liegt diese in der Privatwirtschaft. Die Reinigungsbranche ist eine sehr wichtige Branche, die auch einen Verband hat und von morgens bis abends, von Montag bis Sonntag ihre Arbeit macht. Die Reinigungsbranche ist sehr gut organisiert und eine der wenigen Branchen, die landesweit einen Gesamtarbeitsvertrag hat. Arbeitnehmende und Arbeitgebende einigen sich seit Jahren in schweizweiten Verhandlungen. Das Postulat ist eine Abklärung und das ist nur der Anfang von Zusatzkosten. Es sind 200 000 Franken für externe Berater. Wenn man mit einem Tagessatz von 1200 Franken für einen externen Berater rechnet, dann ergibt das 166 Tage. Jeder Stadtangestellte kostet weniger. Man könnte jemanden für ein Jahr befristet anstellen, der diese Aufgabe übernimmt. Die Projektleitung liegt bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ). Wofür braucht es eine interne Projektleitung bei ERZ, wenn ein Berater tageweise für das Projekt arbeitet? Es handelt sich wieder um ein Beispiel, wie die linke Ratshälfte Forderungen stellt, ohne im Ansatz zu verstehen, welche Folgekosten das generiert. Es ist der Anfang eines Rattenschwanzes an Kosten, die das harmlose Postulat auslöste.

**Felix Moser (Grüne):** Das Postulat wurde vor einem Jahr mit 69 zu 45 Stimmen von SP, AL, EVP und Grünen überwiesen. Es ist schlechter Stil, wenn ein überwiesenes Postulat über die Nachtragskredite abgelehnt wird. Die Mehrheit ist nach wie vor vom Postulat überzeugt. Es gibt gute Gründe, warum die Stadt die Unterhaltsreinigungen mit eigenem Personal vornehmen sollte. Es ist leider eine Tatsache, dass viele der Arbeiten zu tiefen Löhnen ausgelagert sind. Die Reinigung gehört dazu. Menschen in der Reinigungsbranche haben unregelmässige Arbeitszeiten, vielmals arbeiten sie nach Büroschluss, erhalten eher wenig Lohn und arbeiten unter hohem Zeitdruck. Wir begrüssen, dass der Stadtrat prüft, ob und wie er die Stellen für die Unterhaltsreinigung wieder integrieren kann. Wie es scheint, fasste der Stadtrat eine gute Lösung ins Auge. ERZ verfügt als Dienstabteilung mit der Stadtreinigung über reichlich Erfahrung mit Reinigung. Mit dem Kredit soll analysiert werden, wie man die Integration vornehmen kann.

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Haselbach (Die Mitte):** In der Kommission waren wir in der Enthaltung; nicht, weil wir keine Meinung hatten, sondern weil wir den Fraktionsbeschluss nachher fass-





ten. Das Postulat unterstützten wir damals, sind aber der Meinung, dass man das Projekt ohne zusätzliche Kosten weiterführen kann, weshalb wir den Antrag unterstützen.

**Sven Sobernheim (GLP):** Da der Antrag spät eingereicht wurde, waren wir noch in der Enthaltung. Wir gehen aber wie bereits beim Postulat in die Minderheit.

S. 9	<b>35</b> <b>3560</b> <b>3132 00 000</b>	<b>TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT</b> <b>Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung</b> <b>Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>003.</b>	Antrag Stadtrat				200 000	Mehrheit
						Referat: Felix Moser (Grüne) Vizepräsidium; Florian Utz (SP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL)
			200 000		0	Minderheit
						Referat: Cathrine Pauli (FDP); Pärparim Avdili (FDP)
						Enthaltung
						Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
						Abwesend
						Tiba Ponnuthurai (SP)
		Begründung:	Es braucht keine Internalisierung der Reinigungsarbeiten, keine zentrale Aufgabe der Stadt und deren Verwaltung / keine Konkurrenzierung des Gewerbes			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 004.

Kommissionsreferat:

**Cathrine Pauli (FDP):** Irrtümlicherweise beantragte Immobilien Stadt Zürich (IMMO) für den Nachtragskredit 150 000 Franken, die Summe sollte aber auf dem Sammelkonto Instandsetzungsprojekt im Schauspielhaus verbucht werden. Nach Einschätzung des HBD kann der Betrag auf dem Sammelkonto kompensiert werden, sodass kein Nachtragskredit erforderlich ist. Das HDB beauftragte die RPK, diesen Antrag zu streichen.

S. 10	<b>40</b> <b>4040</b> <b>500622</b> <b>5040 00 000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien Stadt Zürich</b> <b>Schauspielhaus: Instandsetzungsmassnahmen</b> <b>Hochbauten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>004.</b>	Antrag Stadtrat				150 000	



10 / 15

150 000

0 Zustimmung Referat: Cathrine Pauli (FDP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP)

Enthaltung Johann Widmer (SVP)

Abwesend Tiba Ponnuthurai (SP)

Begründung: Gemäss Aussagen des HBD wird das Geld nicht benötigt.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

#### Antrag 005.

Kommissionsreferat:

**Tiba Ponnuthurai (SP):** Wir beantragen eine Verbesserung in Höhe von 300 600 Franken mittels Kürzung von Lohn- und Sozialleistungen. Die Beratung in der RPK zeigte, dass das SSD für Lehrpersonen auf Kindergartenstufe für die Auffangzeit ab 8 Uhr zu viele Stellen beantragt hatte. Bei der Berechnung schlich sich ein Rechenfehler oder die falsche Annahme ein, dass der flächendeckende Ausbau der Tagesschule bereits erfolgt sei. Dem ist im August noch nicht so, wir werden dann etwa bei 35 Prozent des Ausbaus der Tagesschule angelangt sein. Es zeigte sich, dass 2,2 FTE zu viel beantragt wurden. Auf Nachfrage wurde ebenfalls klar, dass die Gelder nicht anderweitig verwendet werden können. Die effektiven Zahlen konnten wir erst gestern ermitteln, weshalb die Zahlen vom ursprünglichen Antrag der RPK abweichen.

Weitere Wortmeldung:

**Felix Moser (Grüne):** Wir Grünen stimmen dem Antrag zu. Das SSD beantragt darin auch diverse andere Stellen. Unter anderem sind es 23,4 Stellen für Klassenassistenten, einerseits aufgrund der Umwandlung von 70 Schulassistenten und andererseits als Nachtrag am Ausbau der Klassenassistenten. Das gab bei uns viel mehr zu reden als die Falschberechnung. Der Gemeinderat verlangte bereits mehrmals, dass die Assistenten in der Betreuung und in den Schulen zusammenwachsen sollen. Die neuen Stellen wären dann Schulassistenten gewesen, im Gegensatz zu den bisherigen Klassen- und Betreuungsassistenten. Ein Pilotprojekt mit 23 Schulassistenten wurde durchgeführt und abgeschlossen. Jetzt kommt der Antrag, diese Stellen wieder zurück zu wandeln. Das warf diverse Fragen auf, insbesondere nach dem Resultat des Pilotprojekts. Auf die erste Nachfrage hin erhielt die RPK die Antwort, dass es keinen Abschlussbericht gebe. Nach weiteren Rückfragen fanden wir heraus, dass es einen Evaluationsbericht gibt, den wir schliesslich erhielten. Es stellte sich heraus, dass es ein gutes Projekt war, wes-



*halb es weitergeführt wird. Bis es jedoch so weit ist, dauert es noch. Das SSD, respektive die Schulpräsidentinnen wollen in diesem Projekt der künftigen Schulassistenten, dass das Personal in der Funktionsstufe 4, einer Lohnklasse für nicht ausgebildetes Personal, angestellt wird. Wir wollen lieber, dass in der Schule ausgebildete Leute arbeiten, was in etwa der Funktionsstufe 6 entspricht. Wir wollen, dass in den Schulzimmern Personal anwesend ist, das eine gute Qualität garantieren kann. Wir setzen uns immer für eine Tagesschule mit Qualität ein. Dazu gehört unserer Meinung nach Personal, das ausgebildet ist. Über die Nachtragskredite können wir das nicht ändern. Weil uns aber die Qualität wichtig ist, reichten wir letzte Woche einen entsprechenden Vorstoss ein.*

S. 11	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>				
	<b>5010</b>	<b>Schulamt</b>				
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
	<b>3020 00 000</b>	<b>Löhne der Lehrpersonen</b>				
	<b>3049 00 000</b>	<b>Übrige Zulagen</b>				
	<b>3050 00 000</b>	<b>AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten</b>				
	<b>3052 00 000</b>	<b>AG-Beiträge an Pensionskassen</b>				
	<b>3053 00 000</b>	<b>AG-Beiträge an Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen</b>				
	<b>3054 00 000</b>	<b>AG-Beiträge an Familienausgleichskasse</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>005.</b>	Antrag Stadtrat					
					3 966 300	
					474 800	
					546 000	
					318 600	
					417 500	
					19 900	
					<u>55 700</u>	
					5 798 800	
			300 600		5 498 200	Zustimmung
						Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP)
						Enthaltung
						Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
						Abwesend
						Referat: Tiba Ponnuthurai (SP)
		Begründung:	Zu viele Stellen für kommunale Lehrpersonen für die Auffangzeit ab 8 Uhr auf Kindergartenstufe beantragt. Kürzung um 2,2 Stellenwerte.			

Tiba Ponnuthurai (SP) beantragt namens der RPK neu eine Verbesserung um 300 600 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.



### 3.1 Dringliche Nachtragskredite

#### Antrag 006.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** Die Minderheit beantragt die nachträgliche Nichtgenehmigung des Betrags von 2 Millionen Franken an den Verein Rad-WM 2024. Neben den Finanzierungsgrundlagen der Stadt mit 7,85 Millionen Franken – davon 1,5 Millionen Franken für Begleitmassnahmen für das Publikum – und des Kantons mit 3 Millionen Franken beteiligt sich auch das Bundesamt für Sport (BASPO) mit 6 Millionen Franken am Event. Der Verein Rad-WM 2024 wurde vom Kanton, der Stadt und vom Verband Swiss Cycling gegründet und hat den Zweck der Organisation und Austragung der Rad- und Para-Cycling-Strassen-Weltmeisterschaften Zürich 2024. Die Bundesbeiträge wurden erst Ende Januar 2023 gesprochen und werden nicht wie ursprünglich angenommen vollständig im Jahr 2023 ausbezahlt. Die Zahlung des BASPO erfolgt über den Verband Swiss Cycling. Der Verein Rad-WM 2024 hat vertraglich festgelegte finanzielle Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Radsportverband (UCI), die vor dem Anlass fällig werden. Wegen dieser Verpflichtungen und vor allem wegen der Verzögerung der Bundesbeiträge sieht sich der Verein vorübergehend mit Liquiditätsproblemen konfrontiert. Es stellt sich die Frage, ob der UCI aufgrund seines hohen Interesses an der Durchführung nicht Kulanz in Bezug auf die finanziellen Fälligkeiten gezeigt hätte oder ob Swiss Cycling die veränderten Zahlungsmodalitäten des Bundes allenfalls selbst hätte abfangen können. Für die AL ist die Kaskade von Zwischenstellen zu lang. Auch wenn das Geld wieder zurückkommt, sehen wir nicht ein, warum die Stadt verspätete Bundesgelder kompensieren sollte für einen Anlass, in den sie bereits 7,85 Millionen Franken investierte. Zudem handelt es sich um einen Anlass um das werbetekhnisch wichtige Seebecken, der sehr viel Gegenwind auslöste. Es wurden über 60 Rekurse eingereicht, vor allem in Zusammenhang mit der Streckenführung und dem Verkehrskonzept. Es ist nicht so, dass wir die Einschränkungen für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) bedauern oder befürchten, dass die Witikoner endgültig von der Stadt abgeschnitten werden. Wir denken lediglich, dass die Rekurse von den Spitälern im betroffenen Gebiet Zürich-Ost ein Zeichen dafür sind, dass das Verkehrskonzept in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Notfallversorgung und des Spitalbetriebs nicht ganz hieb- und stichfest ist. Es handelt sich während dem neuntägigen Anlass nicht wie ursprünglich angekündigt um temporäre Absperrungen oder Beeinträchtigungen, sondern um erhebliche Einschränkungen. Das führt zu einer Frage, die sich im Moment nicht beantworten lässt: Liegt die Ausführung der Rad-WM ohne die Anpassung der Streckenführung am Ende allenfalls in der Schwebe? Der damalige AL-Gemeinderat Edi Guggenheim plädierte bereits bei der Weisungsbehandlung im Februar 2019 dafür, den Ziel- und Startraum in die offene Rennbahn Oerlikon zu verlegen. Er sah einen weiteren Vorbehalt: die Kosten. Trotz Vorbehalt stimmte die AL damals mit Ausnahme von zwei Stimmen der Weisung zu, lehnt jetzt jedoch den Vorschuss von 2 Millionen Franken symbolisch ab und beantragt, dass der dringliche Nachtragskredit nicht genehmigt wird.



**Markus Haselbach (Die Mitte):** Der Verein Rad-WM 2024 geriet in einen vorübergehenden Liquiditätsengpass, weil der Bundesbeitrag verspätet gesprochen wurde. Er wird darum nicht wie erwartet vollständig im Jahr 2023 ausbezahlt, sondern in Tranchen bis ins Jahr 2025. Ein Grossteil der Sponsoring-Einnahmen und auch weitere Erträge fallen erst im Jahr 2024 an. Viele Ausgaben wie Planungskosten und Abgaben an den UCI fallen vorher an. Die Ausgaben sind wie geplant, die Einnahmen kommen später. Darum kam es im Frühling zum Liquiditätsengpass, weshalb der Stadtrat ein rückzahlpflichtiges, verzinsliches Darlehen an den Verein Rad-WM 2024 auszahlte. Die Bedingung war, dass sich der Kanton ebenfalls mit 2 Millionen Franken beteiligt. Der Regierungsrat hat dies so beschlossen. Die Mehrheit der RPK ist gegen die Streichung des dringlichen Nachtragskredits, weil er bereits ausbezahlt wurde.

Weitere Wortmeldung:

**Johann Widmer (SVP):** Wir gehen aus der Enthaltung in die Minderheit. Wir waren bereits gegen die Rad-WM und sind auch gegen diese Zahlung. Solche Veranstaltungen sind unnötig und es sollte kein Geld der Steuerzahler dafür verwendet werden.

S. 21	15 1561 552001 5420 00 000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Projektstab Stadtrat</b> <b>Rad-WM 2024</b> <b>Darlehen an Gemeinden und Zweckverbände</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>006.</b>	Antrag Stadtrat				2 000 000	Mehrheit
			2 000 000		0	Minderheit
						Enthaltung
						Abwesend
		Begründung:	Keine nachträgliche Genehmigung zur Überbrückung der Finanzierung eines Grossanlasses, der viel Gegenwind erfährt, aufgrund kurzfristig veränderter Zahlungsmodalitäten des Bundes und offenen Zahlungsverpflichtungen des Vereins Rad-WM 2024 gegenüber dem eigenen Verband.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.



Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP)  
 Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)  
 Enthaltung: Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)  
 Abwesend: Tiba Ponnuthurai (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 13 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP)  
 Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)  
 Abwesend: Tiba Ponnuthurai (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite und Kreditübertragungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen bewilligt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		43 773 600
Ordentliche Kreditübertragungen	+5 288 500 -6 418 500	-1 130 000
Total		42 643 600



<b>Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen</b>		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		23 575 900
Ordentliche Kreditübertragungen	+14 927 000 -13 797 000	+1 130 000
Total		24 705 900

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite nachträglich genehmigt:

<b>Erfolgsrechnung</b>	Betrag
Dringliche Nachtragskredite	353 800
Total	353 800

<b>Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen</b>	Betrag
Dringliche Nachtragskredite	17 971 100
Total	17 971 100

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. Juli 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat